

**Ohne russisches Gas geht in der Ukraine gar nichts
Lieferungen entscheiden über die wirtschaftliche Zukunft / Gasprom will Einfluss
ausbauen**

enn. KIEW, 22. Juni. Mitten im Sommer ist in der Ukraine plötzlich die Erinnerung an den vorvergangenen kalten Winter lebendig geworden. Damals eskalierte der Streit mit den Russen, Moskau verweigerte für Wochen Gaslieferungen in die Ukraine und weiter in den Westen. Dass Russland jetzt die Lieferungen nach Weißrussland drosselt, verfolgt man im Nachbarland mit gespannter Aufmerksamkeit. Der Lieferstopp soll den Westen diesmal nicht treffen, auch wenn Minsk den Weitertransport nach Westen am Dienstag gekappt hat. Der russische Gasprom-Konzern versichert, er werde seinen Verpflichtungen nachkommen und das Gas notfalls über die Ukraine leiten. Die ukrainische Führung unter Präsident Viktor Janukowitsch, die seit der Abwahl der "orange Revolutionsregierung" im Februar amtiert, gilt anders als sein Vorgänger Viktor Juschtschenko als loyal zu Moskau.

Gas aus Russland ist für die Ukraine wie für Weißrussland überlebenswichtig. 80 Prozent des russischen Gasexports fließen derzeit durch die Ukraine in Richtung Westen (und 20 Prozent durch Weißrussland). An den Durchleitungsentgelten verdient der staatliche Gaskonzern Naftogas. Die ukrainische Wirtschaft ist auf die hochsubventionierte Energie angewiesen. Im April schloss die Regierung Janukowitsch einen Vertrag mit Moskau, der die teuren russischen Gaslieferungen um 30 Prozent verbilligte. Dafür zahlte sie einen hohen politischen Preis: Der Pachtvertrag für die russische Schwarzmeer-Flotte auf der Halbinsel Krim, der 2017 auslaufen sollte, wurde bis mindestens 2042 verlängert. Im Gespräch mit Journalisten des Berliner Presse Clubs sagte Janukowitsch dazu am Wochenende in Kiew: "Alles, was wir machen und machen werden, entspricht den Interessen der Ukraine."

Tatsächlich steht die Ukraine, wo die Wirtschaft 2009 um 15 Prozent schrumpfte, finanziell mit dem Rücken zur Wand. Ohne den russischen Gas-Rabatt wäre es nicht möglich gewesen, das Defizit im Staatshaushalt von 16 auf 6 Prozent zu drücken. Dies wiederum ist die Voraussetzung dafür, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) dringend notwendige Kredite auszahlt. "Wir nehmen alles, was der IWF uns gibt", sagte Außenminister Kostjantin Hristschenko den deutschen Journalisten: "Wir brauchen für die Modernisierung 12 bis 14 Milliarden Dollar. Aber wir sind auf einen harten Ton gefasst." Diese Woche sind IWF-Abgesandte in Kiew, um die Kreditwürdigkeit vor Ort zu prüfen.

"Ukrainische Belange" will Janukowitsch auch dem jüngsten Plan der Russen entgegensetzen, den Einfluss auf das Land auszubauen, mit dem sie über sieben Jahrzehnte in der Sowjetunion verbunden waren. Überraschend hatte der russische Ministerpräsident Wladimir Putin Anfang Mai eine engere Zusammenarbeit der Energieriesen Gasprom und Naftogas in Aussicht gestellt. Janukowitsch geht heute auf Distanz: "Wir werden unsere Interessen streng verfolgen", sagte er. Premierminister Mykola Asarow äußerte sich deutlicher: "Es wird keine Fusion von Gasprom und Naftogas geben. Wir werden aber nach einer Organisationsform suchen, die die Effekte der beiden Unternehmen zusammenführt."

Anders als Weißrussland, das noch in diesem Jahr eine Zollunion mit Russland und Kasachstan anstrebt, will die Ukraine sich alle Bündnisoptionen offenhalten und blockfrei bleiben. So ist der Nato-Beitritt, den Viktor Juschtschenko und Julija Timoschenko noch propagierten, vom Tisch. Die neue Führung will die stärkere Nähe zu Russland aber nicht als Abwendung von der Europäischen Union verstanden wissen: Freihandelszone und visafreies Reisen lauten die Nahziele der "Integration". Indes ergänzt Asarow: "Wir werden uns nicht

erniedrigen und darum bitten, in die EU aufgenommen zu werden." Rollenbeispiel sei ein Land wie Norwegen.

Die ukrainische Regierung verspricht tiefgreifende Wirtschaftsreformen. Das Land, von der Fläche her größtes Land Europas mit rund 46 Millionen Einwohnern, steht hier erst ganz am Anfang. Ein neues Steuergesetz, mit dem sich das Parlament gerade in erster Lesung befasste, soll mehr Investoren anlocken. Die meisten ausländischen Direktinvestitionen - knapp 9 der insgesamt 40 Milliarden Dollar seit 1991 - stammen aus Zypern; dahinter werden ukrainische Oligarchen vermutet. Selbst Regierungskritiker sehen in dem Steuerentwurf, der etwa Senkungen der Körperschaft- und Umsatzsteuer vorsieht, ein ermutigendes Signal. Sie kritisieren aber, das Gesetz komme nur Großunternehmen zugute. Kleine Unternehmen hätten Nachteile zu erwarten. An den komplizierten Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie der überbordenden Bürokratie und Korruption ändere das Gesetz überdies nichts.

Janukowitsch und Asarow versprechen auch hier rasch Abhilfe.

Neue Luxussteuern auf Tabak und Alkohol sollen dem Staat zudem Mehreinnahmen von 1 Milliarde Euro bringen. Das Etatdefizit soll weiter schrumpfen: 5,3 Prozent vom BIP will Janukowitsch in diesem Jahr erreichen, 3,5 Prozent 2011 und 2,5 Prozent 2012. Ferner proklamiert er ehrgeizige Ziele: In zwanzig Jahren soll die Ukraine zu den zwanzig reichsten Nationen der Welt gehören, so die ehrgeizige Planung. Die Rohstoffe im Land - Öl, Gas, Uran und Erze - böten dazu beste Voraussetzungen.

Die Zukunft steht und fällt mit dem Gas - und damit mit dem Verhältnis zu Russland. Im Frühjahr hat der Bau der Ostsee-Pipeline von Russland nach Europa begonnen. Das Projekt North Stream schwächt die Verhandlungsmacht des Transitlandes Ukraine. Die Lage könnte sich noch verschärfen, sollten die Russen ihren Plan wahrnehmen und die Pipeline South Stream durch das Schwarze Meer bauen. Janukowitsch will das unbedingt vermeiden. Er sprach stattdessen vage von einem Projekt zur Modernisierung des Gas-Transports "zusammen mit Russland und der EU, das allen Gewinn bringt". In einem Monat könne man mehr sagen. Beobachter meinen indes, eine satte Beteiligung Gasproms an Naftogas könnte im schwierigen Dreieck Ukraine-Russland-EU als Lösung herhalten, um der Ukraine diese gefährliche Konkurrenz zu ersparen.